



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

**Aktionsplan QUEER: alle Ministerien in die Pflicht nehmen – keine Kürzungen bei laufenden Projekten!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. bei der anstehenden Erarbeitung eines bayerischen Aktionsplans QUEER die Impulse der Community, die im Beteiligungsprozess eingesammelt wurden, ernst zu nehmen und diese im Aktionsplan auch abzubilden,
2. bei der Erarbeitung des Aktionsplans ausnahmslos alle Staatsministerien in die Pflicht zu nehmen und dabei auch für alle zentralen Lebensbereiche Maßnahmen zu entwickeln, auch wenn die betroffenen Staatsministerien bisher nicht im Diskussionsprozess mitgewirkt haben,
3. die Vielfalt der queeren Community anzunehmen und dies bei der Erarbeitung des Aktionsplans aus Respekt vor den betroffenen Menschen auch sprachlich widerzuspiegeln,
4. bis zur Fertigstellung des Aktionsplans alle bestehenden Projekte zur Unterstützung von LSBTIQ\* in Bayern mindestens auf bisherigem Niveau weiter zu fördern, das gilt insbesondere für die aufgebauten Beratungsstellen und die Fachkräftefortbildung.

### **Begründung:**

Der Beteiligungsprozess zum Queeren Aktionsplan endete im November 2024. Ein Abschlussbericht der Projektträger Bayerischer Jugendring (BJR) und Jugend Film Fernsehen e.V. (JFF) steht aktuell noch aus. Der Beteiligungsprozess und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren anfangs extremen Anfeindungen ausgesetzt, sodass sogar die Plattform kurzzeitig offline gehen musste. Allein das zeigt, dass queere Menschen in Bayern nach wie vor Diskriminierung und Hass ausgesetzt sind – nicht nur auf der Straße, sondern auch im Netz. Außerdem ist schon jetzt anhand der Themenzuschnitte des Beteiligungsprozesses absehbar, dass zentrale Bereiche des Lebens wie beispielsweise der Sportbereich oder der Schulbereich überhaupt keine Rolle im Verfahren gespielt haben.

Queere Menschen sind aber überall in der Gesellschaft zu finden und überall leider auch Diskriminierungen ausgesetzt. Umso wichtiger ist es, dass einerseits der Input der Community auch wirklich Niederschlag im Aktionsplan findet und andererseits eben auch die bisherigen blinden Flecken durch die Einbindung aller Staatsministerien und

aller Lebensbereiche beleuchtet und mit Maßnahmen hinterlegt werden. Die Staatsregierung muss dafür Sorge tragen, dass ein bayerischer Aktionsplan QUEER nicht einfach lückenhaft Probleme und Diskriminierungen queerer Menschen beschreibt, sondern alle Lebensbereiche abdeckt und konkrete Maßnahmen mit entsprechender Finanzierung hinterlegt werden.

Spätestens seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sollte klar sein, dass es mehr als nur zwei Geschlechter gibt. Ein Aktionsplan für Menschen, von denen sich viele eben nicht klar dem männlichen oder dem weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen, wäre in einer ungegenderten Form ein weiterer respektloser Schlag ins Gesicht der queeren Community in Bayern. Die Staatsregierung muss daher wenigstens in diesem Dokument auf ihr Genderverbot verzichten.

Dem Projekt LSBTI Fortbildungen Bayern, das mit 4 Kooperationspartnern aus München und Nürnberg aktuell Schulungen für beispielsweise Lehrkräfte, Erzieherinnen, Erzieher und Mitarbeitende in der Kinder- und Jugendarbeit anbietet, wurde vor Kurzem vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales mitgeteilt, dass das Fördervolumen von aktuell 183.500 Euro auf 93.500 Euro gekürzt werden soll. Die Projektträger sehen äußerst kritisch, wie mit diesen massiven Kürzungen die Fortbildungen sinnvoll und qualitativ hochwertig weiterzuführen sind, gerade auch weil solche Schulungen ohne den persönlichen Austausch und nur online – wie ein Vorschlag lautet - nicht sinnvoll durchzuführen sind. Wenn schon vor Fertigstellung des Aktionsplans in diesem Bereich gekürzt werden soll, entstehen doch erhebliche Zweifel, ob die Staatsregierung es mit dem Aktionsplan QUEER ernst meint und am Ende die Community nur mit warmen Worten abgespeist werden soll.